

# Das Bulletin



Aktion  
für vernünftige  
Energiepolitik  
Schweiz

1/05

## Auch Mühleberg braucht und verdient die unbefristete Betriebsbewilligung

Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) hat im Jahr 2004 eine Energieproduktion von brutto 3029 Mio. kWh erzielt. Dies ist rund 2.6% mehr als das bisherige Bestergebnis von 2002. Das störungsfrei betriebene KKM ist der tragende Pfeiler der Versorgungssicherheit für die BKW FMB Energie AG. Die Produktionssteigerung ist in erster Linie auf den sehr guten Zustand der Anlage, den störungsfreien Betrieb und die optimal durchgeführte Jahresrevision zurückzuführen.

Anfang Dezember hat die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) während mehrerer Tage sämtliche Prozesse im KKM überprüft. In ihrem Bericht bestätigt die SQS, dass das Kernkraftwerk die strengen internationalen Normen für Qualitäts-, Umwelt- und Arbeitsschutzmanagement erfüllt. Heute ist das KKM das einzige schweizerische Kernkraftwerk,

dessen Betriebsbewilligung befristet ist. Dies ist eine weder sachlich noch rechtlich begründbare Ungleichbehandlung zum Nachteil der Nordwestschweiz, insbesondere der sicheren Stromversorgung des Standortkantons Bern und der benachbarten Kantone Jura, Neuenburg, Freiburg und Solothurn. Im Rahmen der periodischen Sicherheitsüberprüfung vom Dezember 2002 bescheinigt die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) dem KKM erneut einen hohen Sicherheitsstandard. Die gleiche Oberaufsichtsbehörde war kurz danach gegenüber dem Kernkraftwerk Beznau II zum selben Ergebnis gekommen; daraufhin erteilte der Bundesrat dem Werk Beznau II eine unbefristete Betriebsbewilligung. Nach Meinung der BKW hält eine Schlechterbehandlung des KKM bzw. der Nordwestschweiz vor dem bundesrätlichen Entscheid zu Beznau II nicht Stand.

### **AVES-Delegiertenversammlung: Samstag, 21. Mai 2005 im KKW Mühleberg**

Dass die AVES Schweiz ihre DV in Mühleberg abhält, hat durchaus Symbolcharakter. Jedoch absolut nicht deswegen, weil man damit auf die Standortwahl eines künftigen Ersatzwerkes Einfluss nehmen will – keinesfalls! Vielmehr steht der Versammlungsort für das Bekenntnis der AVES zur Kernenergie, als derzeit einzige wirksame und nachhaltige Alternative für genügende CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion – zusammen mit der Wasserkraft selbstverständlich! Einladungen folgen.

## Kyoto-Protokoll und CO<sub>2</sub>-Gesetz befolgen. Mit tauglichen Mitteln!

*Auch wenn die Klimaveränderung anlässlich des WEF an dritter Stelle der globalen Probleme genannt wurde, kommt der in Gang gekommenen «Renaissance der Kernenergie» grosse Bedeutung zu, um der Umwelt- und Klimaentwicklung bei uns und weltweit weiterhin einen positiven Kick zu geben. Denn das hat man rund um unseren Erdball festgestellt: Der «Energiehunger» wird sich in den nächsten Jahrzehnten verschärfen. Darum ist – statt Selbstkasteiung im eigenen Lande – realistische Hilfe weltweit notwendig und auch ehrlich! Wir sind froh um unseren Strommix von 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernenergie, der uns eine CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion ermöglicht. Dazu Sorge zu tragen, ja diese Energieträger auszubauen ist realistischer als falsche Versprechen zu machen, der Wirkung gewisser Alternativen das falsche Wort zu reden. Die jährliche CO<sub>2</sub>-Einsparung unserer Kernkraftwerke zum Beispiel übertrifft den Ausstoss aller Schweizer Personenvagen.*

### Kein Alleingang der Schweiz

*Im weltweiten Vergleich ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoss unseres Landes sehr klein: Ganze 0,2 Prozent! Trotzdem ist und bleibt CO<sub>2</sub> für uns ein Thema – in erster Linie der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoss! Zu Recht sind wir daran, auch bei uns die Belastung zu reduzieren. Doch in erster Linie müssen wir alles nur Mögliche tun, um dort etwas zu bewegen, wo es auch «einschenkt». Es nützt uns allen nichts, wenn wir mit überrissenen, ja weltweit einzigartigen Abgaben uns und unserer Wirtschaft schaden, um sehr wenig bewegen zu können. Soll ausgerechnet die kleine Schweiz weltweit die einzige sein, die eine solche CO<sub>2</sub>-Abgabe einführt und sich damit ins eigene Fleisch schneidet? Unsere Wirtschaft hat mit freiwilligen Massnahmen schon viel erreicht und wird auch noch vieles tun. Sie hat auch den «Klimarappen» gut ins Rollen gebracht, nach dem Motto «facta, non verba» – handeln statt reden! Dieser Klimarappen kann ohne Probleme, schnell und wirksam eingeführt werden; für Massnahmen vor allem dort, wo sie wirklich notwendig sind und auch etwas bewegen können.*

### Facta, non verba

*Der Klimarappen ermöglicht den Kauf von im Kyoto-Protokoll vorgesehenen und von der Staatengemeinschaft akzeptierten Treibhausgas-Zertifikaten als wirksamen Instrumenten des Klimaschutzes. Das ist das positive Signal; der kreative Beitrag an das Weltklima, den wir Schweizer heute leisten können, ohne uns selber zu bestrafen. Und dazu auch ganz im Sinne des CO<sub>2</sub>-Gesetzes.* Bruno Fäh

Nutzung der Wasserkraft:

## Renaturierungs-Initiative der Fischer – ein Wolf im Schafspelz?

Im Parlament wird eine Kommissionsinitiative beraten, welche eine Flexibilisierung der Restwasservorschriften fordert. Eine Revision des Gewässerschutzgesetzes mit dieser Zielsetzung – effizientere Nutzung der Wasserkraft zur Stromproduktion – hatte bereits der Aargauer Nationalrat Christian Speck gefordert. Obwohl die Stromproduktion aus Wasserkraft die mit Abstand ökologisch günstigste Stromproduktionsart sei, gingen mit den heutigen Restwasservorschriften, gemäss einer Elektrowatt-Studie, jährlich 5000 GWh verloren.

### Renaturierungs-Initiative der Fischer: ein Wolf im Schafspelz?

Eine «bessere Regulierung der Wassermengen» – wenn auch in anderem Sinne – fordert der Schweizerische Fischereiverband in seiner Initiative «Lebendiges Wasser».

### Unverhältnismässig teuer

Die Initiative tönt sehr harmlos und ihr Text ist auch allgemein formuliert, wohl wissend, dass diese Verfassungsinitiative unabsehbare Forderungen Tür und Tor öffnen kann. Es müssten

26 Renaturierungsfonds eingerichtet werden. Auch das würde zu massiven Mehrkosten führen, ganz besonders für die betroffenen Gebirgskantone. Eine weitere Abgabe schliesslich mit mehr Schaden als Nutzen und mit massivem Potenzial an Rechtsstreitereien.

### Neuer Schub für umstrittenes Verbandsbeschwerderecht

Unter Ziffer 3 der Initiative liest man: «Über Begehren zur Durchführung von Massnahmen nach Absatz 1, die von direkt berührten Organisationen oder von gesamtschweizerischen Fischerei-, Natur- oder Umweltschutzorganisationen gestellt werden können, entscheiden Bund und Kantone in Form von beschwerdefähigen Verfügungen.» Danach erhielten erwähnte Verbände die Möglichkeit, jegliche Massnahmen beantragen zu können, sie brauchten dann weder Volksinitiativen noch Vorstösse «ihrer» Parlamentarier, denn sie erhielten neues Recht, das anderen nicht zusteht. Was als Initiativtext bewusst schön harmlos klingt, ist ein gefährlicher Wolf im Schafspelz, den es zu erkennen gilt.

CO<sub>2</sub>-Abgabe:

## Kritische AVES Winterthur

Kürzlich hat Thomas Bürki von der Energieagentur der Wirtschaft bei der AVES Winterthur zum CO<sub>2</sub>-Gesetz und zur CO<sub>2</sub>-Abgabe referiert. Der Vortrag von T. Bürki löste viele Fragen aus. Mehrheitlich erhielten die Zuhörer den Eindruck, dass es sich bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe um ein planwirtschaftliches Projekt handelt. Präsident J.H. Krammer erin-

nerte daran, dass die AVES Winterthur sich bereits im Jahre 1996 offiziell gegen die Einführung derartiger Abgaben geäussert hat. Die AVES Schweiz lehnte anlässlich der DV vom Juni 2004 in Zug die CO<sub>2</sub>-Abgabe ganz klar ab und gewährte lediglich dem Klimarappen Unterstützung. Die AVES Winterthur teilt diese Haltung.

DAS IST DER VORSTAND DER AVES WINTERTHUR, EINER DER AKTIVSTEN REGIONALGRUPPEN. V.L.N.R.: JÜRIG HIRSCHLE, CHRISTIAN VON BURG, PRÄSIDENT JÖRG KRAMMER, ALDO LARGO, CHARLES HENRY.



Tagung «Fernwärme Schweiz» vom 13. Januar:

## «Fernwärme auf neuen Wegen»

Etwa 160 interessierte Teilnehmer aus dem In- und Ausland – haben die Vorträge der ausgewiesenen Referenten zum Thema «Brückenfunktion der Fernwärme» angehört. Die Investition hat sich gelohnt, wie der Moderator der Tagung, Hans Fahrländer, früherer Chefredaktor und heutiger Redaktor und Autor der Aargauer Zeitung, feststellen konnte.

Eröffnet wurde die Tagung von Walter Böhlen, Präsident des Verbandes Fernwärme Schweiz.

Ausbau und Förderung der Fernwärme ist für die ökologisch sinnvolle Nutzung aller Wärmequellen aus Kehrrichtverbrennungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Holzschmelzeheizungen, Wärmekraftkopplungsanlagen, geothermischen Anlagen, Kernkraftwerken und Industrieprozessen unverzichtbar. Dieses grosse Wärmepotenzial kann nur mittels Erstellung und Betrieb von Nah- und Fernwärmenetzen für die Versorgung der umliegenden Verbraucher in Überbauungen, Gemeinden, Städten und Regionen sinnvoll genutzt werden.

So plädierte denn auch Michael Kaufmann, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie, in seinem Einführungsreferat eindringlich für die Notwendigkeit einer Renaissance der Fernwärme, um die Energieprobleme der Zukunft lösen zu können.

Kanton Baselland:

## Gescheiterte Energie-Förderabgabe

Die von der Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektorin **Elsbeth Schneider** (CVP) vorgelegte Energieabgabe zur Förderung von nachhaltiger und erneuerbarer Energie scheiterte im Landrat mit hauchdünnen 41 zu 40 Stimmen.

Die Befürworter der Förderabgabe hätten das Ruder bei besserer Präsenz zu ihren Gunsten entscheiden können: In der SP-Fraktion fehlte **Daniel Münger**, bei den Grünen waren

Mit der drohenden Erdölknappheit in naher Zukunft befassten sich der international bestens bekannte Umweltpolitiker Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Abgeordneter des Deutschen Bundestages, und Dr. Rolf Hartl, Geschäftsführer der Schweizerischen Erdölvereinigung, Zürich. Bei allen unterschiedlichen Ansichten über das Problem waren sich die beiden Redner in einem Punkt einig. Die Erdölvorräte sind endlich und der Zeitpunkt naht, wo Alternativen zur reinen Verbrennung des Öls zu Wärmeecken unumgänglich werden. Hierzu bietet sich die Fernwärme als Brücke zu den oben erwähnten Abwärmepotenzialen in idealer Weise an.

Auch Prof. Alexander Wokaun vom Paul Scherrer Institut in Villigen meinte in seinem bemerkenswerten Referat, dass die Mobilisierung technischer Fortschrittspotenziale im Hinblick auf die Klimaziele und die nachhaltig teureren fossilen Energien dringend notwendig ist. Da hatten es die übrigen Referenten aus Wald- und Forstwirtschaft, Kehrrichtverbrennung, Energiewirtschaft und Industrie relativ leicht, die spezifischen Vorteile der verschiedenen Energiequellen ins richtige Licht zu rücken.

Nächste Tagung ist am 12. Januar 2006.

[www.fernwaerme-schweiz.ch](http://www.fernwaerme-schweiz.ch)

**Madeleine Göschke** und **Kaspar Birshäuser** abwesend und bei der CVP-Fraktion, die ihre Regierungsrätin unterstützte, fehlten **Jacqueline Simonet** und **Elisabeth Schneider**. Die Gegner einer Förderabgabe dagegen hatten ihre Reihen geschlossen: Die FDP-Fraktion votierte ebenso wie die SVP nahezu vollzählig mit einem Nein. Mitglieder der AVES Region Basel haben zu diesem vernünftigen Resultat entscheidend beigetragen.

## Visionen sind gut, klare Entscheide sind besser!

«Schweizer Jugend weist den Weg in die Energiezukunft» ist der Titel einer Medienmitteilung des Bundesamtes für Energie BFE. Rund 100 Jugendliche aus sieben Kantonsschulklassen der Romandie, dem Tessin und der Deutschschweiz erarbeiten gemäss dieser Mitteilung zurzeit ihre Visionen der Energiezukunft der Schweiz.

Im Auftrage des Bundesamtes für Energie liefern die Jugendlichen im Rahmen des «Jugendforums Energieperspektiven» ihre ganz persönlichen Antworten und Empfehlungen. Die Resultate fliessen in das BFE-Projekt «Energieperspektiven 2035/2050» ein mit dem Ziel, Grundlagen für die künftige Energie- und Klimapolitik der Schweiz bereitzustellen.

Schön, dass damit der Kreis jener vergrössert wird, die sich echt für unsere Energiezukunft engagieren wollen. Doch, ohne der Jugend nur im Geringsten das Mitdenken und Mitreden abzusprechen, fragen wir uns, ob

es der Weisheit letzter Schluss ist, die Entscheidungsunfähigkeit gewisser Kreise auf die junge Generation abzuschieben oder gar deren Meinung als Maxime unserer künftigen Energiepolitik voranzustellen. Visionen sind gut, ja notwendig, noch notwendiger aber sind klare Entscheide.

Wir hoffen also, dass das Ganze nicht eine Alibiübung wird oder gar ein heute im Trend liegendes «Spiel» bei Entscheidungen wie zum Beispiel jener zwischen Stromproduktion mit CO<sub>2</sub>-Emissionen oder Kernkraftwerken ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Energiepolitik ist zu ernst, um zum Spielball schöner Vorstellungen zu werden. Wie gesagt, Visionen sind gut, langfristige, verantwortungsvolle Entscheide um einiges schwieriger. Regieren ist eine ernsthafte Sache, die nicht delegiert werden kann, sondern von jenen wahrgenommen werden muss, denen wir es anvertrauen.

Robert Desponds, Clarens

Informationstour der NAGRA:

## «Wir kümmern uns darum – NAGRA. Wer sonst?»

**Heute sind die sorgfältige Behandlung und die sichere Lagerung der radioaktiven Abfälle an der Oberfläche in den Zwischenlagern der Werke und im Zentralen ZWILAG in Würenlingen gewährleistet. Für die in der Zukunft liegende geologische Tiefenlagerung hat die NAGRA die wesentlichen Grundlagen erarbeitet.**

Heute befindet sich die Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Das Inventar der radioaktiven Abfälle ist erstellt und wird laufend aktualisiert. Ein zentrales Zwischenlager, das ZWILAG in Würenlingen, ist in Betrieb und kann heute radioaktive Abfälle sicher an der Oberfläche lagern. Für die geologische

Tiefenlagerung in der Zukunft ist gut vorgesorgt. Die Berichte zum Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle sind eingerichtet und zeigen auf, wie und wo aus technisch-wissenschaftlicher Sicht radioaktive Abfälle in Zukunft sicher in der Tiefe eingeschlossen werden können. Für die geologische Tiefenlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle werden nach dem Nein zum Sondierstollen am Wellenberg (2002) Konzept- und die Standortfrage unter Berücksichtigung der neuesten technisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse neu angegangen. Basierend auf diesen Unterlagen wird der Bundesrat etwa im Jahr 2006 über die nächsten Schritte auf dem Weg der definitiven Entsorgung radioaktiver Abfälle entscheiden.

## CO<sub>2</sub>-Abgabe belastet Hauseigentümer und Mieter unverhältnismässig

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei den Brennstoffen befinden sich dank freiwilligen Massnahmen der Industrie, neuen Bautechnologien und umfassenden Sanierungstätigkeiten der Gebäudeeigentümer seit Jahren in einem starken Abwärtstrend. Sie liegen deutlich unter dem Stand von 1990. Bezüglich der mit dem Kyoto-Protokoll und dem CO<sub>2</sub>-Gesetz eingegangenen Verpflichtungen befindet man sich mit den Brennstoffen auf der Zielgeraden. Der Hauseigentümergeverband der Schweiz (HEV) und der Verband der Immobilien-Investoren und -Verwaltungen (VIV) lehnen deshalb eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen (Heizungen) kategorisch ab. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen im Gebäudebereich ist nicht gegeben. Die Einführung einer Abgabe würde zu einer weiteren, unverhältnismässigen Verteuerung der Wohnkosten sowohl für Eigentümer als auch für Mieter führen. Aufgrund bisheriger Erfahrungen (insbesondere auch in Ländern mit sehr hoher Energie-Abgabenbelastung) hätte die Abgabe nicht den gewünschten Lenkungseffekt, wohl aber einen grossen Verwaltungsaufwand zur Folge. Der HEV Schweiz und der VIV

unterstützen den «integralen Klimarappen». Der Klimarappen ist eine «freiwillige Massnahme» im Sinne des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Gemäss diesem Gesetz soll der Bundesrat eine CO<sub>2</sub>-Abgabe nur einführen, wenn mit «freiwilligen Massnahmen» die Vorgaben des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nicht erreicht werden. Bisherige «freiwillige» Massnahmen haben jedoch gerade im Brennstoffbereich den Tatbeweis erbracht, dass das Prinzip der Freiwilligkeit in der in der Wirtschaft funktioniert.

Die Phase der freiwilligen Massnahmen darf somit nicht ohne Not vorzeitig beendet werden. Die Erhebung des Klimarappens erfolgt auf Treibstoffen in jenem Sektor, wo Handlungsbedarf besteht. Die Verwendung des Ertrags (ca. 70 bis 120 Millionen Franken pro Jahr) ist allerdings für CO<sub>2</sub>-senkende Massnahmen im Treib- und Brennstoffbereich vorgesehen – sowohl für Projekte in der Schweiz als auch im Ausland, da die Klimaerwärmung ein globales Thema ist. Mit dem integralen Klimarappen können die Ziele des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und Kyoto-Protokolls rasch und zielgerichtet, ohne grossen Bürokratieaufwand und mit minimalen Kosten erfüllt werden.

Für bessere Luft:

## Erdgas gefragt!

Immer mehr Menschen entscheiden sich in der Schweiz für Erdgas. Seit seiner Einführung 1974 gewinnt Erdgas laufend Marktanteile. Und die Erfolgsgeschichte ist noch nicht zu Ende. Das hat gute Gründe. Erdgas erfüllt alle Anforderungen, die an eine zeitgemässe und zukunftsfähige Energie gestellt werden.

### Minimale Schadstoffemissionen und 25–30% weniger Kohlendioxid

Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) trägt nach heutigen Erkenntnissen zu 80 Prozent zur globalen Erwärmung unserer Erde bei und gilt als Hauptverursacher des vom Menschen verursachten Treib-

hauseffektes. Vergleicht man die Klimawirksamkeit von Verbrennungsvorgängen fossiler Energien auf ihr CO<sub>2</sub>-Emissionen hin, schneidet Erdgas am besten ab. Bei gleichem Energieeinsatz emittiert Erdgas 25 bis 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub> als Heizöl und 40 bis 50 Prozent weniger als Stein- oder Braunkohle. Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll bekanntlich verpflichtet, bis 2010 die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 10 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken.

## PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar

## VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Kantonsrat, Edlibach ZG

## VORSTAND

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, GipfOberfrick AG  
Rudolf Imhof, alt Nationalrat, Laufen BL  
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD  
Jörg H. Krammer, dipl. Ing. TUG, Winterthur ZH  
Walter F. Böhlen, Grossrat, Niederrohrdorf AG  
Konrad Niederberger, Stans NW  
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE  
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE, Lausanne

## REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz  
Postfach 2124, 8027 Zürich  
Telefon 044 212 40 90, Fax 044 212 65 69

## INTERNET

www.aves.ch

## MAIL

info@aves.ch

## DRUCK

Victor Hotz AG, Steinhausen  
Erscheint vierteljährlich

AZB  
8027 Zürich

# aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

## Zwängerei bei den erneuerbaren Energien

Ein Rezept, mit dem die prekären Rahmenbedingungen der schweizerischen Wirtschaft weiter verschlechtert werden können, stellt Thomas Nordmann unter dem Titel «Erneuerbare Energie kostendeckend vergüten» vor (NZZ 26.1.05).

Nordmann möchte die Stromkosten aller erneuerbaren Energien zu kostendeckenden Preisen ins Netz einspeisen und über einen Umverteilungsmechanismus die Mehrkosten auf alle Stromkonsumenten überwälzen. Ohne die Vergleichbarkeit mit der Schweiz in Frage zu stellen, erläutert er, dass eine derartige Lösung in Deutschland 6,22 Euro pro Einwohner und Jahr koste; eine Verharmlosung, da die Mehrkosten früher oder später durch Konsumverzicht kompensiert werden müssen. Und falls die von Nordmann beschworenen Rationalisierungseffekte bei den Elektrizitätswerken Strompreiserhöhungen gedämpft oder gar verhindert haben, ist der volkswirtschaftliche Schaden noch gestiegen. Wenn nämlich der Konsument die Mehrkosten statt direkt auf der Stromrechnung indirekt über Sozialversicherungen bzw. Steuern abführen muss, erhöhen die Ineffizienzen der Staatswirtschaft noch den Schaden.

Dass kein Subventionsprogramm und «überhaupt keine zusätzlichen Steuermittel» notwendig seien, ist Augenwischerei. Was anderes ist denn der Griff in den Geldbeutel des Konsumenten und die anschliessende bürokratische Umverteilungsübung? Alternative Energiequellen sind zweifellos auf dem Vormarsch.

Die Energieeffizienz steigt ebenfalls. In Einzelfällen ist Strom aus Wind oder Biomasse, gelegentlich sogar Solarstrom, schon heute wirtschaftlich und sinnvoll. Für die meisten Verbraucher kostet die alternative Kilowattstunde allerdings noch zwei- bis zehnmal zu viel. Aber wie jede industrielle Tätigkeit verläuft auch die Stromerzeugung auf einer Lernkurve (abnehmende Kosten bei wachsender installierter Leistung).

Kalt läuft es mir den Rücken hinunter, wenn Nordmann – immerhin Mitglied der eidgenössischen Fachkommission für die Anschlussbedingungen unabhängiger Produzenten – kaltschnäuzig klarstellt: «Die Zeit der Freiwilligkeit ist vorbei.» Es geht also um die Einführung sozialistischer Kommandowirtschaft. Ohne Not, möchte man beifügen, denn für die vorgeschlagene «Lösung» gibt es nicht einmal ein echtes Problem. Mit wenigen Atomkraftwerken kann die Versorgungslücke bis zur Marktreife

der neuen Stromerzeugungsmethoden sicher und umweltschonend zum Besten des Landes überbrückt werden.

Peter Kottmann (Peseux)

## «Auf dem Vormarsch – aber langsam»

Vielen Dank für die Angaben zum Stand der erneuerbaren Energien im Kanton Zürich (NZZ 4.1.05). Zu den gebrauchten 7800 GWh elektrischer Energie lieferten Wind und Solarenergie bisher nur 10 GWh. Laut dem Bericht wäre es aber möglich, «15 Prozent des Strombedarfs der Stadt Zürich mit Photovoltaik zu decken». Nach dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Zürich wurden 2001/2002 rund 2800 GWh gebraucht; 15 Prozent entsprechen demnach 420 GWh, was reichlich hoch gegriffen scheint. Aber selbst wenn die Zahl realistisch wäre, ist sie irrelevant für die Beurteilung des Nutzens dieser Solarenergie, denn die Solarenergie steht nur dann zur Verfügung, wenn die Sonne scheint. Wer liefert in den dunklen Winterstunden, an trüben Tagen und nachts den benötigten Strom? Es ist merkwürdig, dass die Promotoren der Solarenergie das Problem der Verfügbarkeit stets ausblenden.

Werner Pflanzler (Zürich)

- AG** AVES Aargau  
Walter Forrer  
Winkelweg 2, 5727 Oberkulm  
walter.forrer@bluewin.ch
- BE** AVES Bern  
Beat Schauwecker  
Schulweg 6, 3013 Bern  
b.schauwecker@bluewin.ch
- BS/BL** AVES Region Basel  
Walter Jermann, Nationalrat  
Blauenweg 10, 4243 Dittingen  
wjermann@bluewin.ch
- GL** AVES Glarus  
Erich Kaufmann  
Neubauquartier 9  
8755 Ennenda  
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden  
Dr. Theo Portmann  
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern  
Michel Caliaro  
Haberstattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden  
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell  
Mario David  
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg  
david\_mario@bluewin.ch
- SH** AVES Schaffhausen  
Hans-Rudolf Steinegger  
Villenstrasse 8  
8200 Schaffhausen
- SO** ASE Solothurn  
Postfach 130, 4504 Solothurn
- SZ** AVES Schwyz  
Hans Gnös  
Tannenweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen  
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- TI** ASPER Ticino  
Casella postale 24, 6948 Porzadino  
dino.bornatica@bluewin.ch
- UR** AVES Uri  
Marlies Z'graggen  
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis  
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug  
Postfach 1342, 6301 Zug  
konrad.studerus@datazug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil  
Postfach 412, 8636 Wald  
info@aves-zh.ch  
  
AVES Winterthur  
Postfach 1545, 8401 Winterthur  
jkrammer@bluewin.ch
- FRE** Fédération romande pour l'Energie FRE  
Case postale 673  
1000 Lausanne 1  
jpbommer@bluewin.ch